

STIMMEN



«Die Expo 2027 in der Ostschweiz wäre eine gigantische Chance», ist Nationalrat **Andrea Caroni** (FDP/AR) überzeugt. So könne sich die Region einem nationalen Publikum präsentieren. Denn die Ostschweiz sei national immer noch zu wenig bekannt. Aber auch regional hätte die Expo Bedeutung: Er geht davon aus, dass sie Geld in die Region bringen würde.



«Eine Expo 2027 wäre eine gute Chance für die Ostschweiz, sich gesamtschweizerisch als innovative Region mit viel Lebensqualität zu präsentieren», sagt Nationalrätin **Edith Graf-Litscher** (SP/TG). Die Organisatoren seien nun gefordert, ein Expo-Konzept zu finden, das einen guten Mix von Tradition und Innovation präsentiere – wie es eben der Ostschweiz entspreche.



«Es ist richtig, das Projekt weiterzuvorführen», so Ständerat **Ivo Bischofberger** (CVP/AI). Es gehe nun darum, ein nachhaltiges Konzept mit guten Eckwerten und Inhalten zu finden, das zudem finanziell tragbar sei. Eine Expo nur um der Expo Willen wolle sicher niemand. Sei dies alles erreicht, sei es an den Ostschweizer Parlamentariern, in Bern für das Projekt zu werben.



«Wenn sich als Folge davon die Ostschweiz mehr als Einheit sieht, die auch mit einer Stimme spricht, dann ist die Expo 2027 in der Ostschweiz schon einmal eine gute Sache», sagt Nationalrat **Walter Müller** (FDP/SG). Allerdings müsse die Finanzierung gesichert sein, so Müller. «Denn niemand will wohl nochmals so etwas erleben wie damals bei der Expo.02.» (cla.)



Expo.02, Arteplage Yverdon: Der lange Schatten der letzten Landesausstellung beschäftigt die Planer der Expo 2027.

Bild: ky/Gaëtan Bally

«Wir hoffen auf Rückenwind»

Die Expo 2027 müsse visionären Charakter haben und gleichzeitig solide aufgebaut sein, sagt der St. Galler Regierungsrat **Benedikt Würth**. Er rechnet mit intensiven Diskussionen, wenn das Projekt vor das Volk kommt.

ADRIAN VÖGELE/CHRISTOF WIDMER

Herr Würth, der Weg bis zur Expo 2027 ist noch lang. Was passiert, wenn in der Vorbereitungsphase einer der drei Trägerkantone aussteigt? Gibt es einen Plan B?

Benedikt Würth: Nein. Wie die verbleibenden Kantone damit umgehen würden, ist eine völlig offene Frage. Ein fixes Konzept für diesen Fall gibt es nicht.

Jetzt geht es um Kredite, welche die kantonalen Parlamente in Eigenregie abssegnen können. Später sind dann Volksabstimmungen vorgesehen – noch vor dem definitiven Entscheid des Bundes.

Würth: Ja, wir müssen in unserer Bewerbung zuhänden des Bundes klar festhalten können, wie viele Mittel unsererseits zur Verfügung stehen. Über die Höhe dieser Beiträge werden wir noch verhandeln, doch auf jeden Fall werden sie sich in einem Bereich bewegen, der in allen drei Kantonen dem obligatorischen Finanzreferendum unterliegt. Und ohnehin ist es richtig, dass das Volk in den Trägerkantonen bestimmen kann, ob es die Landesausstellung will oder nicht.

Bislang kann sich die Bevölkerung unter der Expo 2027 noch nicht viel vorstellen.

Würth: Genau darum ist es wichtig, dass zum Zeitpunkt der kantonalen Volksabstimmungen die Expo 2027 auch inhaltlich greifbar ist. Um diese Konkretisierung geht es jetzt – dafür haben wir die Kreditvorlagen in der Höhe von insgesamt 8,8 Millionen Franken vorgelegt.

Die aktuellen Vorlagen unterstehen in St. Gallen und im Thurgau dem fakultativen Referendum. Halten Sie es für möglich, dass es bereits jetzt zu einer Abstimmung kommt?

Würth: Ich habe bis jetzt keine solchen Signale. Wie die Diskussion in den Parlamenten abläuft, wird man sehen – es ist wichtig, dass die Vorlage offen und kritisch diskutiert wird. Doch insgesamt hoffen wir natürlich auf politischen Rückenwind in den Kantonen. Nicht zuletzt deshalb, weil auch der Bund die Ostschweizer Stimmungslage in der jetzigen Vorbereitungsphase genau beobachtet. Wir brauchen den gemeinsamen Willen, diese Expo zu stemmen.

Vorerst stehen 8,8 Millionen Franken zur Debatte. Wie hoch werden die Beträge sein, über welche das Volk bis Ende 2018 abstimmen soll?

Würth: Das wird sich im Lauf der kommenden Projektphase zeigen. Bekannt

ist die Vorgabe des Bundes: Er übernimmt 50 Prozent der Gesamtkosten – maximal eine Milliarde. Zudem erwartet er mindestens sechs Prozent von weiteren Körperschaften.

Aber die Trägerkantone selber müssen bestimmen einen dreistelligen Millionenbetrag beisteuern?

Würth: Ja, für alle drei Kantone insgesamt ist ein dreistelliger Millionenbetrag realistisch zu erwarten. Darüber wird zweifellos in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert werden. Es wird Leute geben, welche die Mittel lieber für etwas anderes verwenden würden. Dann wird es jene geben, die zwar eine Expo wollen, aber mit der Gestaltung nicht einverstanden sind. Dieser Debatte muss man sich bei jedem Grossanlass stellen.

Eine nicht unwesentliche Rolle werden die Erinnerungen an die Expo.02 spielen. Damals gab es organisatorische und finanzielle Schwierigkeiten. Wie gehen Sie in der Planung mit diesem Erbe um?

Würth: Dieses Thema begegnet uns immer wieder. Unser Ziel ist, ein Expo-Projekt einzureichen, das einerseits einen visionären Charakter hat. Das ist

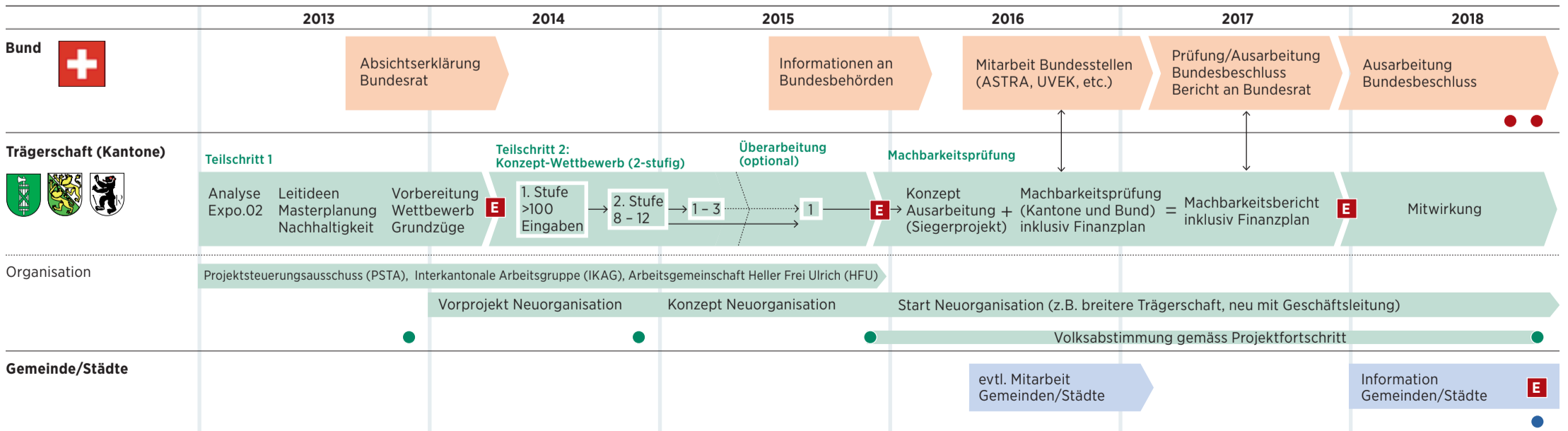
zwingend – sonst braucht es keine Landesausstellung. Andererseits muss das Projekt solide gebaut sein. Ich gebe zu, das ist ein Spannungsfeld. Doch wir haben den Ehrgeiz, das gut zu bewältigen.

Im Umfang der 8,8 Millionen, über die nun die Parlamente befinden müssen, ist auch der Aufbau und Betrieb einer professionellen Geschäftsstelle eingerechnet. Welche Bedeutung wird der Leiter oder die Leiterin dieser Stelle für die Expo als Ganzes haben?

Würth: Diese Persönlichkeit wird zentral sein für das Projekt. Die Aufgabe der operativen Leitung ist anspruchsvoll – es werden komplexe Fragen und Probleme und hohe Erwartungen auf die Geschäftsstelle zukommen. Unter anderem muss die Leiterin oder der Leiter eine gute Fähigkeit zur Vernetzung haben.

Läuft die Suche nach möglichen Kandidaten bereits?

Würth: Nein. Wir werden demnächst ein Anforderungsprofil erstellen und dann die Stelle ausschreiben. Doch zuerst müssen die Kantone die Kredite zur Finanzierung der Geschäftsstelle bewilligen.



● Parl. Abstimmungen ● Entscheide Parlamente, Budgetgenehmigung ● Abstimmungen ■ Exit-Möglichkeit

Quelle: xxx, Grafik: sgt/Selina Buess